

Europawahl: mehr Frauen, mehr Mitsprache, mehr Europa?

Autorin

[➤ Ilka Wölfle](#)

Foto: Adobe Stock/somartin



Im Jahr 2024 finden die nächsten Europawahlen statt. Der Name soll endlich das hergeben, was er verspricht: eine echte transeuropäische Wahl mit einheitlichen Regeln in jedem EU-Staat. Das Europäische Parlament stimmte Anfang Mai für eine Wahlrechtsreform und legte damit einen wichtigen Grundstein für neue Spielregeln. Und die klingen vielversprechend.

In den vergangenen Jahren gab es 27 getrennte Europawahlen. Jeder EU-Staat hatte eigene Regeln und somit eigene Wahlen. In Deutschland wird beispielsweise traditionell sonntags gewählt. In unserem Nachbarland, den Niederlanden, fand die letzte Europawahl an einem Mittwoch statt. So hat es Tage gedauert, bis alle Stimmen ausgezählt waren und klar war, wer von den Kandidatinnen und Kandidaten den Einzug ins Europäische Parlament geschafft hat. Zudem war die Wahl streng genommen national ausgelegt. Denn es war nicht möglich, Politikerinnen und Politiker aus anderen europäischen Ländern zu wählen. Das soll sich nun alles ändern.

Dazu einige Details: Alle Europäerinnen und Europäer sollen künftig am 9. Mai zur Wahlurne schreiten. Warum genau dieser Tag? Am 9. Mai ist Europatag. Das ist der

Tag, an dem der ehemalige französische Außenminister Robert Schuman 1950 mit seiner berühmten Schuman-Erklärung den Grundpfeiler der Europäischen Union legte.

Gewählt werden soll nach einem Zweistimmenprinzip. Mit der ersten Stimme wird die Kandidatin oder der Kandidat aus dem nationalen Wahlkreis gewählt. Mit der zweiten Stimme wird dann eine Person aus einer europäischen Wahlliste bestimmt. Die national ausgestaltete Europawahl würde somit erstmals einen europäischen Anstrich über Ländergrenzen hinweg erhalten.

Auch die Gleichstellung der Geschlechter soll mit der Wahlrechtsreform berücksichtigt werden. Während 1979 im ersten direkt gewählten Europäischen Parlament der Frauenanteil bei 15,2 Prozent lag, war er 2019 bereits bei 40,4 Prozent (Quelle: [➤ Europäisches Parlament, 2019](#)). Der Haken: Auf den Wahllisten einiger EU-Staaten tauchen immer noch überproportional viele Männer als Kandidaten auf. Das führt dazu, dass weibliche Abgeordnete aus Mitgliedsländern wie zum Beispiel Griechenland, Zypern, der Slowakei und Rumänien stark unterrepräsentiert sind. In Rumänien sind aktuell unter den 33 Gewählten beispielsweise nur fünf Frauen. In Zypern gibt es sogar nur männliche Europaabgeordnete. Zum Vergleich: Deutschland liegt mit 37 weiblichen von insgesamt 96 EU-Abgeordneten im Mittelfeld. Damit sich das ändert, sollen die Wahllisten nach dem Wunsch des Europäischen Parlaments gemäß dem Reißverschlussystem – also abwechselnd Frauen und Männer – oder nach einer Quote geregelt werden.

Zudem sollen EU-Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss auf die Wahl des Kommissionspersonals erhalten. Geplant ist, dass die Bürger und Bürgerinnen nach dem sogenannten Spitzenkandidatensystem über eine Wahlliste die Kommissionspräsidentin oder den Kommissionspräsidenten wählen. Dies ist sicherlich der Tatsache geschuldet, dass die Wahl der derzeitigen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nicht unumstritten war. Viele Abgeordnete sowie auch Bürgerinnen und Bürger beklagten sich über Intransparenz.

Zudem soll es bei großen EU-Ländern eine Sperrklausel geben. Das heißt, dass Parteien erst einen Sitz im EU-Parlament erhalten, wenn sie eine 3,5-Prozent-Hürde erreichen. Auch das Wahlalter soll europaweit auf 16 Jahre abgesenkt werden.

Ob die Wahlrechtsreform bereits zur nächsten Europawahl 2024 in Kraft tritt, ist jedoch fraglich. Die Gesetzesinitiative des Europäischen Parlaments muss erst vom Europäischen Rat angenommen werden. Und das wird eine Hürde sein, da alle 27 EU-Mitgliedstaaten dafür stimmen müssten. Es ist davon auszugehen, dass der Vorschlag des Europäischen Parlaments nicht eins zu eins angenommen wird. Gerade das Spitzenkandidatensystem ist bei einigen Ländern – zum Beispiel in Frankreich – umstritten. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass etwa Ungarn die transeuropäische Wahlliste kritisch sehen wird. Kompromisse müssen gefunden werden. Hoffen wir, dass diese zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, mehr Mitsprache und mehr Europa führen.